U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

21. Jahrgang. No. 39 | Münster, Sask., Donnerstag, den 6. November 1924 | Fortlaufende No. 1079

Welt-Rundschau.

Studie über die amerikanischen Wahlaussichten am Tage vor der Wahl.

Wenn der Leser diese Zeilen in die Hand bekommt, wird die große Wahlschlacht in unserer südlichen Nachbar-Republik bereits vorüber sein. Heute — es ist der 3. November, der Allerseelentag — ist das Resultat noch zweifelhaft. Wie wird es ausfallen?

Das Prophezeien ist ein undankbares Geschäft, sogar für einen wirklichen Propheten. Aber wir fürchten, daß die Wahl des amerikanischen Volkes Coolidge und Dawes lauten wird. Sollte sich diese Furcht nicht bewahrheiten ,so nehmen wir freudigst den Vorwurf an, ein falscher Prophet zu sein, vorausgesetzt, daß sie statt dessen La Follette und Wheeler lautet. Denn Davis und Bryan wäre wahrscheinlich noch schlimmer.

Bei Wahlen, wo die Stimme des Dummsten und Gedankenlosesten ebensoviel zählt als die Stimme des Bestunterrichteten, müssen immer Schlagworte Dienst tun. Abgesehen von der Anklage, daß La Follette durch Beschneidung der Gewalt des obersten Gerichtshofes die ganze Konstitution der Ver. Staaten zu einem Trümmerhaufen machen wolle, wurde kaum ein Vorwurf öfter gegen ihn erhoben, als daß er und die progressive Partei dem Lande wegen ihres Radikalismus gefährlich seien. Radikalismus ist ein Schlagwort, womit man auch der größten Schlafhaube unter den Spießbürgern Angst und Bangigkeit einjagen kann. Da denkt so einer unwillkürlich an einen russischen Bolschewiki mit struppigem Barte und mit der Mordwaffe in der Hand, und eine Gänsehaut überläuft seinen ganzen Körper.

Was heißt radikal? Radikal heißt heutzutage, besonders in den Ver. Staaten, alles, was den „oberen Zehntausend" das Wässerchen trübt. In dem Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten" existiert eine verschwindend kleine Gruppe, mit Morgan und Rockefeller an der Spitze, welche praktisch den ganzen Reichtum des so reichen Landes und all seine Hilfsquellen und Verbindungsmittel besitzt. Früher staunte man einen Millionär als einen reichen Mann an, jetzt gilt ein einfacher Millionär in den Augen der Großkönige der Finanz fast als ein armer Mensch, er ist in ihren Kreisen nicht mehr hoffähig. Mit dem materiellen Reichtum aber geht die Macht Hand in Hand. Kaiser und Könige und andere Alleinherrscher hat Amerika nicht, dagegen sträubt sich sein freiheitlicher Geist. Aber der Zar aller Reußen hat niemals so unumschränkt in seinem Sklavenlande geherrscht, wie die hohe Finanz in Amerika. Ihr ist alles untertänig, die Regierung sowohl wie das Volk.

Ein praktisches Beispiel aus der neuesten Zeit, das noch in aller Gedächtnis lebt, mag die Herrschaft des Mammons über das Volk und zugleich über die Regierung illustrieren. Als im Anfange des Krieges, im August 1914, das deutsche Heer auf dem Vormarsche nach Paris war, da wollten die Franzosen Frieden schließen. Das hätte aber die Pläne der amerikanischen Finanz, die aus dem Kriege Riesengewinne erwartete, gründlich durchkreuzt. Da stellten sich Herrick, der amerikanische Gesandte in Paris ,und ein paar andere Vertreter der Finanz hinter die knieschwache französische Regierung, um sie zum Durchhalten zu bewegen. Das gelang ihnen auch durch das Versprechen, daß Amerika in den Krieg eingreifen werde.

Aber wie konnten diese paar Menschen ein solches Versprechen geben? Zurzeit dachte das amerikanische Volk an nichts weniger als selbst am Kriege teilzunehmen, es beglückwünschte sich, daß es durch den Ozean gegen die Gefahr, in denselben verwickelt zu werden, geschützt war. Ja, noch im Herbste 1916 war es dem Kriege so abhold, daß es den Präsidenten Wilson gerade deshalb wieder erwählte, weil er die Ver. Staaten von der Teilnahme am Kriege ferngehalten hatte. Und Wilson selbst, das Haupt der Regierung? Sicherlich war er aufrichtig, als er seinem Absichten vor dem Kriege durch die Aufforderung an das Volk Ausdruck gab ,es solle vollkommene Neutralität üben nicht bloß in Werken, sondern sogar in Gedanken und Worten.

Aber Herrick und sein Anhang verstanden die Situation besser. „Heute", sagte er, „sind wir, die wir den Krieg wünschen, bloß hundert; aber morgen werden es hundert Millionen sein." In weniger als einem halben Jahre nach der Wiederwahl Wilsons war Amerika mitten im Kriege; die Millionen, die im November 1916 durch die Stimmenabgabe ihre Friedensliebe bezeugt hatten, waren am Karfreitag 1917, dem Tage der Kriegserklärung, in ebensoviele rasende Furien verwandelt, die jeden als einen Verräter brandmarkten ,der nicht in das Kriegsgeheul einstimmte. Und Wilson war zum willenlosen Werkzeuge des Mammons geworden und regierte das Land in dessen Namen, wie noch nie ein Tyrann ein Volk regiert hat.

Herrick hatte also recht gehabt, er kannte die Macht des Geldes, er kannte auch sein „freiheitsliebendes" Volk. So standen die Dinge damals. Und doch waren damals die Geldmänner im Vergleich zur Jetztzeit noch arm, sie sind erst durch den Krieg und die Nachkriegszeit reich geworden. Wie groß mag also erst heute ihr Einfluß über Volk und Regierung sein!

Die kleine Geldgruppe ist also die alleinige Herrscherin der Republik der Ver. Staaten, alle anderen können nur dadurch ihr Leben fristen, daß sie für diese Gruppe arbeiten. Wer kauft, muß von ihnen kaufen; denn sie haben alles monopolisiert und alle Monopole sind in ihren Händen. Sie setzen den Preis auf jeden Artikel und der Konsument hat bloß die Wahl, ihn zu zahlen oder zu darben. Wer etwas zu verkaufen hat, ist genau in derselben Lage. Der Monopolist hat den ganzen Markt unter seiner Kontrolle, wer ihm nicht verkaufen will, der mag sein Hab verfaulen lassen. Auch da wird der Preis festgesetzt und es gibt keinen Konkurrenten, der darüber hinausgeht. Von der Arbeit gilt das nämliche. Mit einem Worte, jeder Bürger, ob er will oder nicht, ob er es einsieht oder nicht, ist ein Kostgänger derer, die den Reichtum des Landes besitzen.

Der Landmann fühlt für gewöhnlich den Druck der Geldmacht am allermeisten: die Steuern sind hoch, alle Geräte, deren er bedarf, sind teuer, seine Erzeugnisse bringen wenig ein. Alles ist so eingerichtet, daß auch in den besten Jahren kaum etwas übrig bleibt. Kommt ein Fehljahr oder befällt ihn sonst ein Unglück, so muß er sich in Schulden stürzen und fällt so den Geldgebern in die Hände: das sind dieselben, die von ihm kaufen und ihm verkaufen. Durch Anleihen und Wucherzinsen werden sie, wenn auch nicht sogleich theoretisch, so doch praktisch, die Eigentümer seines Besitztums, er wird ihr Leibeigener und ist ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Der Farmer sieht oft mit Mißgunst auf den Arbeiter, der, wie er denkt ,höhere Löhne bezieht und durch seine Union sich selbst gegen die Uebergriffe des Kapitals schützen kann. In der Tat scheint es manchmal, als ob der Arbeiter im Kampfe gegen das Kapital erfolgreich wäre und höhere Löhne erzwingen könnte. Aber das ist alles nur scheinbar. Wenn das Kapital, um den guten Willen des Arbeiters nicht ganz einzubüßen, nach langen Kämpfen, die nur den Arbeiter geschwächt haben, sich gezwungen sieht, höhere Löhne zu bezahlen, so hält es sich dafür nicht bloß schadlos, sondern macht es zum Vorwande, durch erhöhte Preise oft das Vielfache des scheinbaren Verlustes dem Volke, zu dem auch der Arbeiter gehört, wieder abzunehmen. Am Ende ist der Arbeiter mit den höheren Löhnen geradeso weit, wie er früher mit den niedrigen Löhnen war; er ist ebenso weit wie der Farmer: es bleibt nichts übrig.

Die Sache ließe sich noch weiter als Einzelne verfolgen, aber das Resultat wäre immer das gleiche: der Reichtum und damit die Macht des Landes liegt in den Händen der kleinen Gruppe, alle anderen sind ihr untertan. So ist es jetzt schon zum größten Teile. Der Prozeß ist aber noch nicht beendet, das System ist noch nicht vollkommen. Die Entwicklung geht unaufhaltsam der Vollendung entgegen. Wer mit diesem System zufrieden ist und sich willig darein gibt, der gilt als konservativ und gefestigt. Wer aber das System ändern will und sich dessen ruhigem Fortschritte widersetzt, der gilt als radikal und revolutionär.

Es steht im Programm La Follette's, daß das System in friedlicher Weise durch die Gesetzgebung geändert werden soll. Die Macht soll wieder dahin verlegt werden, wo sie in den Ver. Staaten ursprünglich lag, da sie nach dem Willen ihrer Begründer ein "Government of the people" hatten, dh. „eine Regierung des Volkes; durch das Volk und für das Volk." Auch die weitere Beraubung des Volkes soll dem Kapitale unmöglich gemacht werden; ja noch mehr, die Gesetze sollen dafür sorgen, daß der ungerecht zusammengeraubte Reichtum wieder allmählich an seine früheren Eigentümer zurückfließe. Ist das nicht ein unerhörter Radikalismus? Ist es nicht offenbar, daß La Follette und die Progressiven eine große Gefahr für das Land bilden? Ja, sie bilden eine Gefahr, aber nicht für das Land, sondern nur für das Reich Mammons.

Wer soll sich wundern, wenn das Kapital alle Macht aufbietet, welche das Geld entfalten kann, um eine Wahl La Follette's zu hintertreiben? Welcher Druck läßt sich da durch die Banken auf den verschuldeten Farmer, durch die Fabriken auf den wehrlosen Arbeiter ausüben! Jedem, der abhängig ist — und sie sind es alle, die besser Bezahlten sowohl als die ganz Armen — wird das Gespenst der Geschäftsstockung, der Arbeitslosigkeit, des Hungers vor Augen gestellt, wenn La Follette erwählt wird. Wie viele werden den Mut haben, ihm ihre Stimme zu geben? Wie viele auch werden, trotz der riesigen Propaganda gegen La Follette, zur Einsicht kommen, daß dem Lande Rettung durch ihn winke? Sonach wird das Resultat der Wahl höchst wahrscheinlich sein: Coolidge und Dawes.

Die Zustände in Amerika werden nach und nach immer mehr denen ähnlich, die in Frankreich vor der großen Revolution und in Rußland vor dem Kriege herrschten. Durch geeignete Maßregeln und durch gerechte Gesetze hätte die furchterliche Katastrophe in beiden Ländern abgewendet werden können. Aber diejenigen, in deren Händen die Macht lag, waren und blieben trotz aller Warnungszeichen selbstsüchtig bis zum Uebermaße und widersetzten sich jeder Reform. Die Folge ihres Unverstandes war die blutige Revolution, die sie alle vom Erdboden hinwegfegte. Soll sich in Amerika die Geschichte wiederholen? Oder wird das Volk, solange es noch [illegible], denen die Macht anvertrauen, welche eine friedliche Reform in die Wege leiten wollen?

Die englischen Wahlen und das Ende der Arbeiterregierung.

Nebst der Präsidentenwahl in den Ver. Staaten ist die Wahl eines neuen Parlamentes in England das wichtigste Ereignis der neuesten Zeit. Die Wahl wurde am 29. Oktober gehalten und endete mit einem entschiedenen Siege der Konservativen. Dieser Partei fielen 326 ,der Arbeiterpartei 121, den Liberalen 34 Sitze zu; 10 Sitze sind unter kleinere Gruppen verteilt ,die ein besonderes Steckenpferd reiten. Somit wird MacDonald mit seinem Kabinette vor dem Zusammentritte des Parlaments abdanken und Stanley Baldwin, der Führer der Konservativen, wird vom Könige berufen werden, ein neues Kabinett zu bilden.

Die Wahl wurde diesmal nicht, wie es sonst meist der Fall ist, über wichtige Fragen oder einschneidende Prinzipien ausgefochten. Es war einfach das unsichere Gefühl des konservativen Bürgers, dem eine Arbeiterregierung nicht behagte und der sich in seiner Phantasie kommende russische Zustände in England ausmalte, was den Sturz des Arbeiterkabinettes herbeiführte und die Wahl entschied. Deshalb mußte auch der von MacDonald mit Sowjet-Rußland abgeschlossene, aber vom Parlamente noch nicht bestätigte Handelsvertrag bei der Agitation gegen die Arbeiterpartei vor allem herhalten. Eine ganz besondere Rolle spielte ein angeblicher Brief, den Zinowiew, der Vorsitzende des Vollzugskomitees der kommunistischen Internationale, an das Zentralkomitee der britischen Kommunistenpartei gesandt haben soll. In diesem Briefe werden an britische Untertanen Anweisungen gegeben, auf den gewaltsamen Umsturz in England hinzuwirken und zu diesem Zwecke die bewaffnete Macht zu gewinnen. Sollte der Brief echt sein, so wäre das ein Bruch des Versprechens, das Rußland den Engländern bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag gegeben hat, nämlich aller kommunistischen Propaganda in England zu enthalten. Bei dem Charakter der russischen Banditenregierung wäre so etwas nicht unmöglich; denn ihre Zwecke heiligen bei ihnen alle Mittel. Die Regierung MacDonalds hielt das Schriftstück wenigstens anfangs für echt und protestierte gegen die Verletzung feierlicher Zusicherungen. Doch Rakosky, der russische Gesandte in England, reagierte sogleich auf den Protest und behauptete, der Brief sei eine offenkundige Fälschung.

Ob nun der Brief echt oder falsch ist, er hatte seine Wirkung. Obwohl MacDonald und seine Partei für die Kommunisten und deren Pläne fi

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Kriegswetterleuchten.

Folgender Artikel ,der gegen Ende August in der Temesvarer Zeitung erschien, ist noch keineswegs veraltet. Er wirft von der Nähe des besprochenen Schauplatzes aus einen Orientierungsblick in die Zukunft.

Sudan — Marokko — Portugal — Balkan.

Gerade zur Zeit, da Europa die Wiederkehr normaler Verhältnisse erhofft, kommen aus allen Teilen der Welt Nachrichten, die zeigen, wie weit wir noch vom Weltfrieden entfernt sind, trotz der Schrecknisse des Weltkrieges.

Die Meldungen aus dem Sudan, die vom Reuter Bureau in die Welt telegraphiert werden, lassen erkennen, daß England alle Ursache hat, um sein Weltimperium zu bangen. Die „Demonstrationen" an verschiedenen Stellen Nordafrikas sind blutig verlaufen und mußten mit Waffengewalt unterdrückt werden.

Englische Dreadnoughts haben vor Port Sudan und Alexandrien Anker geworfen, und vielleicht genügen die Schlunde der Riesenkanonen diesmal noch, ein weiteres Umsichgreifen des Aufstandes, der nach einer Meldung des Wolffschen Büros auf ein Komplott zur Durchführung eines Staatsstreiches gerichtet ist, aufzuhalten.

Die Regierenden Englands fassen die Lage mit allem Recht als sehr ernst auf, denn der Fanatismus moslemitischer Nationalität bereitet, wie die Geschichte lehrt ,eine furchtbare Gefahr.

Nicht minder ernst lauten die Nachrichten aus Marokko. Die Eingeborenen dieses Landes haben den Kolonialmächten immer schwer zu schaffen gemacht, und in Spanien wurde verunglückte Marokko-Feldzug im letzten Jahrzehnt wiederholt Anlaß zu politischen Krisen. Auch der jetzige Machthaber in Madrid, Primo de Rivera, hat vor allem durch das Versprechen, endlich einmal mit dem Erbfeind der Spanier fertig zu werden, die Diktatur an sich gerissen. Seine Stellung soll erschüttert sein, da die Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Marokko sehr unerquicklich lauten. Dazu kommt, daß die spanischen Soldaten für den Kriegsschauplatz nicht sehr begeistert sind und Meldungen über Meutereien bei Truppentransporten an die marokkanische Küste sehr häufig waren. Singen führen die Marokkaner ihre Sache mit großer nationaler Begeisterung, und ihre Gegner haben ihre ehemals primitive Kriegsführung stark verbessert. Wenn es mehr ist, wenn auch gemeldet wird, daß zwischen der Erhebung im Sudan und dem Aufstand in Marokko ein Zusammenhang besteht, dann muß man sich auf den weiteren Kriegsschauplatz eines Kolonialkrieges gefaßt machen.

Jedenfalls muß Spanien bedeutende Truppenkontingente aufbieten, um die den ihnen selbst gemeldeten erheblichen Verluste wieder auszugleichen.

Unklar ist die Lage in Portugal. Es ist sehr leicht möglich, daß die Furcht vor Unruhen, wie von dort gemeldet wird, auf örtlichen Streitigkeiten der Fraktionen dieser kleinen und stets unruhigen Republik beruhen. Aber auch die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Spannung, die in Spanien herrscht, auf die Portugiesen übergreifen wird.

Auch aus dem Südosten Europas kommen fortwährend Alarmnachrichten, die trotz amtlicher Ableugnungen nicht verstummen wollen. Die bulgarischen Grenzzwischenfälle haben in der letzten Zeit wieder großen Umfang angenommen. Außerdem befürchtet man in Bulgarien selbst ein Ueberhandnehmen der in diesem Lande immer mehr um sich greifenden kommunistischen Bewegung, die erhöhte militärische Bereitschaft notwendig macht. Die alten Gegner Bulgariens: Griechen und Serben, haben Schritte in Sofia angekündigt ,die ein Stärkerwerden des bulgarischen Heeres verhindern sollen. Die Diplomaten von Sofia hingegen behaupten, daß in ihrem Lande vollkommene Ruhe herrscht. Allein die fortwährenden beunruhigenden Meldungen lassen auch den entfernten Beobachter erkennen, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist.

Russische Wühlarbeit auf dem Balkan und in Nordafrika.

Die beunruhigenden Vorgänge auf dem Balkan, die starke Auflehnung gegen England im Sudan, der erneute Angriff der Riffkabylen gegen Spanien ,der Versuch einer Revolution in Afghanistan, — alle diese Ereignisse, die die Ruhe der Welt gefährden, entspringen ein und derselben Quelle.

Es ist gewiß, daß es einer auswärtigen Agitation nicht möglich wäre, ohne das Vorhandensein tieferer Ursachen derartige Umsturzversuche hervorzurufen.

Sicherlich besteht in Aegypten und im Sudan eine stark nationalistische Strömung; es kann kein Zweifel sein ,daß auf dem Balkan unzufriedene Elemente verschiedener Natur versuchen, eine Umwälzung politischer und sozialer Art zu bewerkstelligen. Seit Jahrhunderten versuchen die Riffkabylen die Spanier aus dem Moghreb zu vertreiben, und in Afghanistan gab es stets eine sehr starke Partei im Volke, die, europäer feindlich gesinnt, den heftigsten Haß gegen England entfachte, die schon manchmal einen Krieg gegen die verhaßten Briten entfachte.

Auffällig ist aber die Gleichzeitigkeit des Ausbruches von Unruhen auf dem Balkan ,in Marokko, im Sudan und in Afghanistan, mittelbar oder nicht überredend. Denn es ist der europäischen Diplomatie nicht unbekannt geblieben, daß seit dem Tode Lenins die Zentrale unter der Herrschaft Sinowjews wieder zum Programm des permanenten Aufstandes zurückgekehrt und: An der ganzen Welt Unruhen hervorzurufen, um den Expansionsbestrebungen Rußlands freie Bahn zu schaffen. Gleichzeitig dies einst unter dem Dekmantel des Komintern, auch der Orthodoxie, so wird heute die Agitation im Namen des Kommunismus und des Islamismus betrieben. Zu den maßgebenden politischen Zentren Europas ist seit einiger Zeit die Tatsache bekannt geworden, daß die Sowjetregierung den Beschluß gefaßt hat, nicht blos, wie bisher, die kommunistischen Parteien zum Zwecke der Entfachung der Weltrevolution zu betreiben, sondern allen unzufriedenen Elementen, gleichgültig, welche Tendenzen sie verfolgen, ihre volle Unterstützung zuteil werden zu lassen.

So haben es die Sowjets zustandegebracht, daß in Bulgarien Kommunisten, Agrarier und Mazedonier sich zu einer gemeinsamen Aktion vereinigt haben. Es ist es gelungen, daß in Afghanistan, wo es stets eine starke Partei gab, ein Aufstand gegen den Emir losbrach. Aber auch in Aegypten und Marokko hat die

(Fortsetzung auf Seite 4.)